



# Stoiber gegen mehr Sicherheit für Ältere und Behinderte.

Am 1. Januar 2003 tritt die soziale Grundsicherung gegen Altersarmut in Kraft. Damit helfen wir vor allem den Frauen, die selbst keine ausreichenden Rentenansprüche erarbeiten konnten und schwerbehinderten Menschen, die nicht berufsfähig sind.

Stoiber und Seehofer wollen verhindern, dass dieses Gesetz in Kraft tritt. Stoiber behauptet, „durch das Grundsicherungsgesetz werden diejenigen bestraft, die frühzeitig selbst Altersvorsorge getroffen haben“. Das ist an Zynismus gegenüber den alten Menschen nicht zu übertreffen, die keine Gelegenheit zum Aufbau einer ausreichenden Altersversorgung hatten.

Tatsache ist: Gerade in der Generation, die Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut hat, sind viele Rentnerinnen trotz eines langen Erwerbslebens oder ihrer Leistungen für Familie und Kindererziehung heute auf Sozialhilfe angewiesen, weil sie keine ausreichenden Rentenansprüche aufbauen konnten. Oft scheuen sie den Gang zum Sozialamt und leben in bitterer Armut.

Diesen unwürdigen Zustand haben wir beendet: Rund 370.000 Rentnerinnen und Rentner ermöglicht die neue Grundsicherung einen Ruhestand in Würde.

Alte und behinderte Menschen dürfen von Stoiber und der CDU nicht auch noch bestraft werden!

Die CDU-Oberbürgermeisterin Petra Roth hat jetzt sogar zum offenen Rechtsbruch aufgerufen und angekündigt, dass sie sich in Frankfurt nicht an das beschlossene Grundsicherungsgesetz halten wolle.

Das zeigt: Die Union ist und bleibt die Partei der sozialen Kälte.

**Stoiber ist falsch.  
Gerhard Schröder ist der richtige Kanzler.**

